

Die Wahlen in das französische Parlament und die Gemeindewahlen im Italien, welche am 10.11.46 stattfanden, offenbarten eine allgemeine Richtung der Entwicklung der Lage in diesen Ländern.

Die Mittelparteien haben eine weitere Einschränkung ihres Einflusses erfahren zum Vorteil eines Zustroms zu den politischen Parteien der äußersten Linken und äußersten Rechten.

Der Rückschlag der SP in den beiden Ländern ist schärfer geworden, besonders in Frankreich, während die neuen katholischen Parteien, die MEP in Frankreich und die Christlichen Demokraten in Italien ebenfalls einen verhältnismäßigen Rückschlag erlitten, deutlicher in Italien als in Frankreich.

In beiden Ländern wurden bedeutende Gewinne der äußersten Rechten Flügelparteien verzeichnet wie der PFL und der Gaullistischen Union in Frankreich und der neofaschistischen Uomo Qualunque-Bewegung sowohl als auch der Monarchisten in Italien auf Kosten der Sozialisten und mehr noch der Christlichen Demokraten. Auf der anderen Seite haben die KP einen neuen Fortschritt zu verzeichnen in beiden Ländern, wahrscheinlich auffallender in Italien als in Frankreich, und sie haben aufgeholt, wenngleich auf dem parlamentarischen Gebiet, den Einfluss, den sie kürzlich im Gebiet der arbeitenden Klasse zu verlieren scheinen.

Dieser Gewinn der KPs wurde hauptsächlich auf Kosten der SPen erlangt. In beiden Ländern war die Anzahl der Stimmabstimmungen recht hoch im Vergleich zu den vorhergehenden Wahlen, besonders in Italien, wo sie in gewissen südlichen Städten annähernd drei Viertel aller verzeichneten Wähler erreichte.

Die Hauptshre dieser Wahlen ist die Beachtung der politischen Entwicklung in diesen Ländern durch eine gleichzeitige Verstärkung der äußersten Linken, noch vertreten für die Massen durch die KPs, und der äußersten Rechten, während ~~keine~~ wenige wenige Menschen von Leuten, unzufrieden mit der unfähigen Politik der Koalitionsgierung wahrscheinlich zur Schicht der Kleinbürger zu zählen ist. Sie verfolgt eine abwartende Politik und ist empfänglich für den Gedanken, ihr Gewicht auf die Waage zu bringen einer außerparlamentarischen Sammlung der Kräfte des rechten Flügels zu werfen.

Die Spaltung in die äußersten Gegensätze geht in beiden Ländern, wenn auch noch langsam, in Hinblick auf die Tatsache, daß auf wirtschaftlichem Gebiet die Lage weiterhin unsicher bleibt und sich in mancher Hinsicht noch verschlechterte und in Hinblick auf die Tatsache, daß die Koalitionsregierung, an welcher sich die beiden herkömmlichen Arbeiterparteien beteiligt haben, für diese Lage als verantwortlich angesehen werden von den ungeduldigsten Teilen der Massen.

In Frankreich erkennen wir wieder eine vorwärts Ernährungslage, die Gefahr des finanziellen Bankrotts, ein neues Ansteigen der Lebenskosten und ein Herabmindern des ~~der~~ wirtschaftlichen Wiederbelebung, verursacht durch die Kohlenkrise.

In Italien sind dieselben Ursachen erschwert durch das Vorhandensein von Arbeitslosenmassen ohne Aussicht auf eine baldige Verringerung.

Die Rechte gewinnt in beiden Ländern durch das Ausnutzen der offensiven Unfähigkeit der Koalitionsregierungen und sammelt ihre Kräfte für ~~keine~~ eine außerparlamentarische Tätigkeit.

Die KPs machen Fortschritte besonders durch die Auflösungserscheinungen der SPen und die Sammlung der Kräfte der Arbeiterklasse unter ihrer Fahne bildet vom Gesichtspunkt der Bewegungsgesetze des ~~strukturellen~~ Klassenkampfes auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe eine wichtigere Bedeutung als die gleichlaufende Verstärkung der Rechten. Trotz dem neureformistischen Programm der KPs bildet die Ausrichtung der Massen auf sie nichtsdestoweniger ein Zeichen der Radikalisierung der letzteren im Vergleich mit ihrer vergangenen Abhängigkeit gegenüber den SPen. Das Wahlergebnis für die KPs bedeu-

tet nicht notwendig gewachsenes Vertrauen der Massen in diese Parteien noch eine wirkliche Verstärkung ihres Einflusses auf das Proletariat. Es ist möglich, und wir sehen das im Zurückdrängungsprinzip Beispiel der Ungleichheit, welche zwischen dem Wahleinfluß der Sozialdemokratie und ihrem wahren Einfluß auf die Massen in der Vergangenheit besteht, daß dieselben Arbeiter, welche mehr und mehr zweiflerisch und sogar ergöhnisch werden in Hinsicht auf die revolutionären Merkmale der stalinistischen Führerschaft, bei den Wahlen für die KP stimmen, weil sie in ihr die äußerste Partei am Wahlrecht sehen (*the most extreme party on the electoral board*), gegen welche die Reaktionen ihr ganzes Feuer zu sammeln scheint. Andererseits ist es unvermeidlich, daß wenigstens ein Teil der Massen, welche die SP verlassen haben, sich auf der Wahlbene (*electoral plan*) den KPN zuwenden, weil die letzteren mehr treibend und mehr gründlich zu sein scheinen im Vergleich mit der Ruhe der Sozialdemokratie und weil die Erfahrung der Massen mit dem Stalinismus nicht gemacht werden kann durch einen unmittelbaren Durchgang durch die Reihen der revolutionären Partei (*by an immediate passage into the ranks of the r. p.*).

Das vorherrschende Merkmal der Wahlen in Frankreich und Italien ist die Neigung, die Mittelparteien zu erhalten zu Gunsten der einander entgegengesetzten, und bei einer solchen Entwicklung ist es unvermeidlich, daß die kommunistischen Parteien imstande sein werden, bei diesem Ablauf Nutzen zu ziehen.

Die Durchgangsbewegung (*by-passing*) der Massen durch die KPN kann sich nur zeigen auf der Wahlbene nach einer Reihe von außerparlamentarischen Kämpfen, in welchen die Erfahrung der Massen reifer wird und nur wenn eine unverfälschte, wahre revolutionäre Partei besteht, welche durch ihre beharrliche Arbeit in den Gewerkschaften, in den Massen und durch ihre Teilnahme an den Kämpfen das Vertrauen bedeutender Gruppen der Arbeiter erworben hat. Wir sind erst am Anfang der Verwirklichung solcher Verhältnisse.

Die Politik der französischen PCI.

Die Ergebnisse, welche von unserer französischen Sektion in ihrem dritten Wahlgang gewonnen wurden, bilden einen verhältnismäßigen Erfolg. Die in einigen Gebieten verzeichneten Rückfälle spiegeln außer dem Druck, der durch die bloße Bedeutung der Wahlen, welche die Zusammensetzung des Parlaments für fünf Jahre entscheiden, ausgeübt wurde, auf diese schwankenden Elemente, welche, durchdrungen von der parlamentarischen Thuschung, bei den früheren Wahlen für ihre Liste stimmten, das Fehlen beharrlicher Parteiarbeit in diesen Gebieten, in den Betrieben, in den Gewerkschaften und in den Massen. Neue Gewinne wurden jedoch zutandegebracht in anderen Gebieten und die 14.000 Stimmen, gesammelt in den Arbeitervierteln Seine-et-Oise sind ein bezeichnender Beweis des weiten Rückfalls, welchen unsere revolutionären Grundsätze in den Reihen des Proletariats finden können.

Die Feststellung des PB der PCI vom 19.11.46 unterstreicht richtig, daß "nur durch hartnäckige Arbeit während einer entsprechenden Zeitspanne die revolutionäre Vorhut ihre Kräfte vermehren und das Vertrauen der Arbeiter ~~zuverlässiger~~, der ~~zum~~ Landarbeiter und des kleinen Volkes (Leute) (*little people*) zu erwerben kann". Aber es ist auch wichtig zu unterstreichen, daß die Art der Grundsätze und ihrer Anwendung auf die gegenwärtige Stufe die revolutionäre Eigenschaft unserer Arbeit und die Zeit unserer Entwicklung im Gewinnen der fortgeschrittensten Arbeiter aus dem allgemeinen Strom der Radikalisierung innerhalb des Proletariats entscheiden kann. Unsere Beteiligung an parlamentarischen Wahlen dient uns vor allem, vor den Massen die Gesamtheit unserer revolutionären Grundsätze und nicht bloß einen beschränkten Ausschnitt davon zu entfalten, einschließlich unmittelbarer Forderungen wirtschaftlicher und politischer Art. Von diesem Standpunkt aus hat die Neigung, unser Programm auf eine Reihe von wirtschaftlichen, demokratischen und Übergangsfordernungen herabzumindern, was im ganzen Wahlkampf der Partei zu beobachten war, die ungünstige Bedeutung, welche der Stellung der Partei gegeben wurde und oft ihr

vollständiges Fehlen auf unserem Wahlstandpunkt, dem politischen Problem und der Frage der Regierung, vor allem die furchtbare Kritik gegenüber den verräderischen Arbeiterparteien, besonders über die Stalinpartei und vor allem die Verwirrung, welche verbreitet wurde durch den Brief an diese Parteien mit dem Vorschlag, unsere Listen zurückzuziehen, falls sie umgekehrt eine Liste zu unseren Gunsten zurückziehen, haben dem ganzen Sinn unserer Teilnahme am Wahlkampf und das revolutionäre Gepräge unserer Grundsätze, welche denen der herkömmlichen Arbeiterparteien von Grund aus entgegengesetzt sind, verdreht.

Durch ihr bleies Wesen stellen die parlamentarischen Wahlen die Frage der Gesamtheit der politischen Grundsätze jeder Partei und noch mehr ihrer Stellung betreffs der Frage der Regierung. Es ist unzulässig für eine revolutionäre Partei, die Meinung zu zeigen, ihr Wahlprogramm nur wegen augenblicklicher politischer und wirtschaftlicher Teilsforderungen zu unterdrücken und nicht zu erwähnen, wenn auch nur flüchtig, ihre Stellung zur Frage der Regierung, wie ~~zum~~ der Fall war in der Nummer 148 der "Verità", welche unmittelbar vor den Wahlen die Gründe darstellte, aus denen der Arbeiter für die PCI stimmen sollte. Statt einer festen Stellungnahme bezüglich dieser Frage, welche die Summe unserer Forderungen gekrönt hätte, wurde die entgegengesetzte Fassung benutzt in den folgenden Aussprüchen der "Verità", welche den Wahlen vorausging:

- Regierung der Arbeiterparteien;
- Arbeiter- und Bauernregierung im Sinne der Diktatur des Proletariats;
- Aufforderung an die traditionellen Arbeiterparteien, in parlamentarische Opposition zu gehen.

Das einzige Schlagwort, welches nicht benutzt wurde war die überlieferte Forderung, ausdrücklich in unser Übergangsprogramm aufgenommen und gerichtet an die traditionellen Parteien, "die Koalition zu bilden lösen", die Macht zu ergreifen und ein unverfächeltes Mindestprogramm der Arbeiter zu gebrauchen.

Diese Unterlassung ist besonders heute nach den Wahlen fühlbar, wenn die Stalinpartei denagogisch die SP anspricht und sie erinnert, daß beide Parteien zusammen mit den wenigen Moslem-Abgeordneten im Parlament eine Mehrheit von einer Stimme haben.

Während des gesamten Wahlkampfes, so wie jetzt, war die Kritik der PCI gegenüber den traditionellen Parteien und besonders den Stalinisten durchdrungen von einem verächtlichen Geist, ausgehend von der falschen Vorstellung über den Weg, die Arbeiter-Einheitsfront zu gewinnen durch die Lösung, "der Reaktion den Weg zu versperren".

Diese Vorstellung ist besonders stark in den an diese Parteien gerichteten Brief, der ihnen eine Einheitsfront ~~verschafft~~ bei der Wahl vorschlägt ohne irgend eine Ansprölung auf die Grundsätze dieser Einheitsfront. ~~verschafft~~ Eine Wahl-Einheitsfront mit anderen Parteien, welche für sich beansprucht, die Arbeiterklasse zu vertreten, kann nur errichtet werden auf der Basis eines allgemeinen Mindestprogramms von antikapitalistischen Forderungen und der Aktion. Die beiden Parteien, welche die PCI ansprach, übten eine Politik der Zusammenarbeit der Klassen, welche einen solchen Vorschlag nicht rechtfertigte.

Unser Rückzug zu ihren Gunsten konnte bei den Massen keine andere Auslegung finden, besonders bei den Elementen, welche abgerten und welche wir bestrebt waren für unsere Sache zu gewinnen, als daß die Unterschiede zwischen uns und den anderen Parteien nicht von grundätzlicher Art und daß das Stimmen für sie keineswegs ein Mittel war, "den Weg der Reaktion zu versperren".

Anderseits war es unsere Aufgabe, unbarmherzig Misstrauen zu erwecken bei den Massen gegen diese Parteien, in denen wir mit Tatsachen ihre verräderische und überläuferische Politik erweisen; die Argumente der Spaltung zu widerlegen durch das Aufzeigen der reformistischen Art ihrer Politik, welche die Massen an die Bourgeoisie bindet und auf unseren Wunsch zu bestehen, zu ihnen zu halten, nicht wenn sie die Arbeiterklasse betrifft, sondern wenn sie zeigen, daß sie bereit sind, unverfächelte antikapitalistische Aktionen zu unternehmen. Statt dessen

sprachien unsere Politik als die schlechteste Art eines Wahl-Pferdehandels und konnte auf keine Fall als Beweis unseres Wunsches dienen, die Stimmen nicht zu teilen.

Das IS betrachtet es als notwendig für das ZK und die Gesamtheit der französischen Partei, die von ihrer Leitung während des Wahlkampfes angenommene Politik und den Weg, welchen sie seither eingeschlagen haben, (ein Weg, welcher der Absicht des IS nach mit opportunistischen Irrtümern und Gefahren beläuft ist), ernst zu erörtern.

November 1946

ANHANG ZUR RESOLUTION DES IS ZUM WAHLKAMPF DER FRANZ. PCI

Die IS-Resolution vom 22.11.46 betreffend den von der PCI an die KP und SP gerichteten Brief wurde von der Mehrheit der PCI irrig, falsch und die Taktik der Einheitsfront bei der Wahlarbeit unzweckmäßig (assimilating) ausgelegt. Da diese irrige ~~unzweckmäßige~~ Auslegung Verwirrung bei der Bevölkerung verursacht hat, sind folgende Zusammenfassungen notwendig:

Die PCI begründete ihren Vorschlag eines Wahlübereinkommens mit der Absicht, die Errichtung einer Art Einheitsfront mit diesen Parteien im Auge gehabt zu haben, um "den Weg der Reaktion zu versperren".

Die Resolution des IS stellt richtig fest, daß Einheitsfrontvorschläge begründet sein müssen auf geschickten (tateschen?) ~~objektiven~~ (objectives) oder direktprogramm für die vereinigte Aktion. Das war nicht der Fall bei den an die KP und SP gemachten Vorschlägen.

Aber der Ausschluß von Vorschlägen einer Einheitsfront ohne Mindestprogramm der vereinigten Aktion bedeutet noch nicht den Ausschluß jeder Art von Wahlübereinkommen noch von Rückzügen. Die revolutionäre Partei kann zeitweise freiwillig zurücktreten zu Gunsten von Vertretern der Parteien, welche die Arbeiterklasse in Anspruch nehmen oder vertreten (claiming or represent the working class), wie zum Beispiel in dem Fall, wo Schwäche den Vorschlag einer eigenen Liste nicht erlaubt oder wenn sie ihren Vorteil in der Unterstützung eines Schrittes vorwärts auf der Straße zur unabhängigen Arbeiterk. Diese sieht durch politische Aktion oder kann es eine Sache der Bekämpfung einer bürgerlichen Kandidatur (bei einer Stichwahl) bei einem zweiten Wahlgang ist durch das Unterstützen des bevorzugten Arbeitervertreters. Übereinkommen sind auch möglich mit anderen Arbeiterparteien, wie z.B. Vorschläge für die Abhaltung demokratischer Arbeiterversammlungen, um über eine verhältnismäßige Vertretung für jede Arbeiterpartei bei den Wahlen zu beschließen.

Aber in allen solchen Fällen, ob es eine Sache freiwilligen Rücktritts oder Übereinkommens ist, die revolutionäre Partei tritt keine Verantwortung für das Programm dieser Parteien oder ihrer Vertreter, es schwächt die Kritik nicht im mindesten ein; es lässt nicht die geringste Verwirrung über die Bedeutung eines solchen Zurücktritts oder Übereinkommens zu; sie lässt keine Täuschung über die verräderische Art solcher Vertreter und Parteien ~~zu~~ auf, die sie kritisch bei den Wahlen unterstützt; sie schließt solche Übereinkommen nur auf Zeit und unter Voraussetzungen, welche der Entwicklung der politischen Erfahrung der Massen dienen. Im Falle der PCI und ihres Briefes waren diese Voraussetzungen ganz andere.

Die beiden traditionellen Parteien haben keine Aktion weg von der Politik der Klasse zusammenarbeit unternommen, sondern waren im Gegen teil mehr mit ihr verwickelt als je. Was war es wirklich, das diesen Brief verursachte? Der Wunsch, der Anklage, daß wir mit unseren Listen des Proletariats spalten, zu entgegnen, ein Beweismittel, das geeignet war, einen Widerhall unter der Arbeiterklassen zu wecken. Was hätte die Antwort der PCI sein müssen?

Zuerst war ihre Pflicht ein Gegenangriff durch politisches Erwidern der Anklage der Spaltung der Arbeiterklassen; durch das Aufzeigen, daß die wirklichen Zerstörer der Einheit des Proletariats diejenigen waren,

welche eine antikapitalistische Aktion hemmten und sie in politische Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie verwickelten. Weiters darum hinzuweisen, daß mit unserer ungeschmälerten Politik, gipfeln in der Forderung einer unverfluchten Arbeiter- (SP-KP-CGT-) Regierung wir die wahren Verteidiger der proletarischen Einheit wären. Bei diesen hauptsächlichen Kampfvorschlägen für ein Wahlübereinkommen dürfte z.B. nicht fehlen ein solcher Vorschlag wie die Frage unserer Wahlkästen Konferenzen von ~~xxxxxx~~ gewählten Arbeitervertretern zu unterwerfen, welche entscheiden könnten über unsere verhältnismäßige Vertretung auf vereinigten Arbeiterlisten, wobei jede Partei ihr eigenes Programm vollständig verteidigt und das volle Recht der Kritik an den anderen Parteien behält.

Unser Widerstand gegen den Brief der PCI betrifft seinen Inhalt und nicht den Vorschlag als solchen. Was war schief an diesem Brief?

Vor allem die Tatsache, daß er, ohne Politik oder Programm zu erwähnen, von der Einheit der Arbeiterparteien als einem Mittel, um "die Sträfe der Reaktion zu sperrn", spricht.

Das konnte nur die Täuschungen über die Eigenschaften dieser Parteien und die Mittel, die wirklich zum Kampf gegen die Reaktion zu zwingen, verstärken, Täuschungen, welche unter den Massen zu zerstören unsere Pflicht ist.

Zweitens der einzige greifbare Vorschlag, der gemacht wurde, um die "Einheit" zu erlangen bestand im Zurückziehen aller unserer Listen außer einer, im Falle sich die Parteien dazu vorstehend, diese eine Liste zu unterstützen.

So geben wir den Anschein, als ob wir die ganze Frage der Einheit auf die Grundlage eines Handels stellten, um mittels diesem einen Sitz im Parlament zu erlangen.

Fern davon, die Anklage gegen die Zersplitterung der Stimmen dadurch zu bekämpfen, begünstigte dieser Vorschlag diese und erweckte gleichzeitig den Verdacht unter den fortgeschrittenen vom parlamentarischen Opportunismus der traditionellen Parteien angewiderten Arbeiter, daß wir von diesen Parteien nicht verschieden seien und daß wir wie diese am Wahlgeschäft beteiligt seien.

Es ist notwendig, zu all diesem hinzuzufügen, daß gegenwärtig unsere Hauptaufgabe noch propagandistischer Art ist, sogar da wo wir anfangen, die Massen unmittelbar anzusprechen. Unsere Teilnahme an den Wahlen hat als ihr Hauptziel, unsere Grundsätze einer möglichst großen Anzahl von Arbeitern bekannt zu machen.

Von einem ~~xxxxxxxxx~~ realistischen Gesichtspunkt: sich in Wahlabkommen einzulassen setzt schon eine Partei mit fester und beständiger Unterlage voraus, gestützt nicht nur auf Grundsätze, sondern auch auf das Vertrauen, welches die Arbeiter in einer Reihe von Aktionen mit der Partei gewonnen haben. Das ist noch nicht der Fall mit der PCI, welche eine junge Partei ist, welche sich noch nicht eine feste Grundlage geschaffen hat.

Ihre Hauptaufgabe ist, den Arbeitern ihren prinzipiellen Charakter ihrer Taktik und ihre Aktivität im Gegensatz zu dem opportunistischen Charakter der traditionellen Parteien zu beweisen, und das ist der grundlegende Unterschied zu diesen Parteien.

In dieser Beleuchtung erscheint der Irrtum, der von der PCI in ihren Wahlvorschlägen begangen wurde, besonders gefährlich.

Unsere breite Teilnahme an der französischen Wahlkampagne hat die Aufmerksamkeit aller fortgeschrittenen Arbeiter der 4. Internationale auf die PCI konzentriert. Dadurch wird die Aktion der PCI nicht allein für die französischen Kämpfer, sondern für die Kämpfer der ganzen Internationale wichtig. Das IS ist folglich pflichtgebunden, seine Antwort auf diese Frage auszudrücken, daß es den begangenen Irrtum als gefährlichen Opportunismus betrachtet und daß es eine internationale Diskussion beginnen und eröffnen wird, welche durchgeführt werden muß, um die Klärung zu vervollständigen.